



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

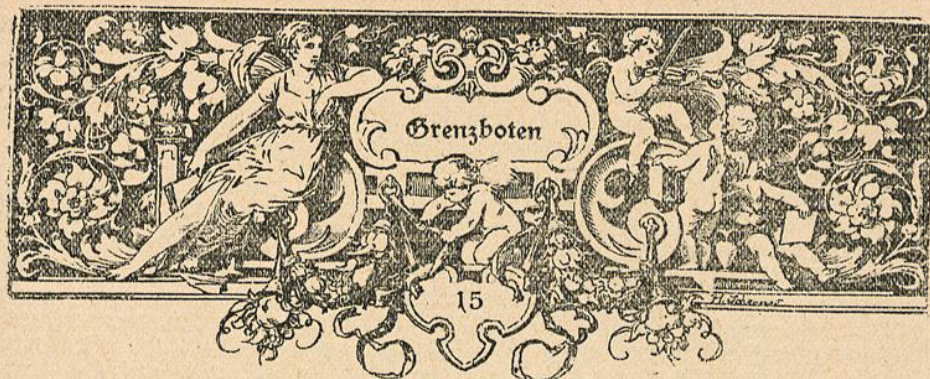
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Keller, Karl: Ist Bismarck durch den Weltkrieg widerlegt worden?

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Ist Bismarck durch den Weltkrieg widerlegt worden?

Von Dr. Karl Keller

Der Verlust des Krieges und die Revolution hat zu einer Umwertung aller Werte geführt. Auch Bismarcks Heldengestalt ist hiervon nicht verschont geblieben. Er, der bisher als einer der größten Staatenbildner aller Zeiten galt, wird jetzt in Ministerreden und amtlichen Denkschriften als politischer Stümper geschildert, der Pfluschwerk geliefert habe. Es wird ihm zum Vorwurf gemacht, daß er das Deutsche Reich unter Ausschluß von Österreich als einen Bund der Fürsten und freien Städte unter preussischer Hegemonie, nicht als Volksstaat, gegründet auf die freie Selbstbestimmung der ganzen Nation, errichtet habe. Seine Behandlung der elsass-lothringischen und nordschleswigschen Frage wird als verfehlt bezeichnet. Es wird vollständige Abwendung von der Bismarckschen Machtpolitik gefordert. Diese neue Bewertung Bismarcks kommt zum Beispiel in einer Unterredung zum Ausdruck, die Ministerpräsident Scheidemann kürzlich einem Mitarbeiter der „B. Z. am Mittag“ (Nummer vom 12. Februar) gewährt hat. Ferner findet sie sich in der Denkschrift des Reichsministers Preuß zum vorläufigen Entwurf der Reichsverfassung. Auch die Rede von Professor Hertner in der Hochschule für Musik in Berlin am 17. November v. Js. (abgedruckt in der Flugschrift „Großdeutschland oder Kleindeutschland?“) ist hier zu erwähnen. Wesentlich höher als diese Ausführungen steht die bereits vor der Revolution veröffentlichte Studie des konservativen Politikers Dr. Grabowstky „Geist und Politik“ im „Neuen Deutschland“ vom 1. August 1918.

Wenn Scheidemann behauptet, die besten Geister der klassischen Periode unserer Politik seien für ein Großdeutschland auf breiter demokratischer Basis gewesen, so übersieht er, daß die Frankfurter Nationalversammlung, indem sie am 28. März 1849 mit 290 Stimmen bei 248 Stimmenthaltungen den König Friedrich Wilhelm den Vierten von Preußen zum erblichen Kaiser der Deutschen wählte, sich für ein Kleindeutschland mit monarchischer Spitze und unter preussischer Hegemonie entschied, das mit Österreich ein enges völkerrechtliches Bündnis schließen sollte. Also genau das, was Bismarck 1866, 1870/71 und 1879 geschaffen hat. Bismarck steht also gar nicht in schroffem Gegensatz zu den Gedanken von 1848, wie Scheidemann glauben machen will; er hat vielmehr vollendet, was im Jahre 1848 die Mehrheit des deutschen Volkes erstrebt hat. So empfanden es auch die alten Demokraten der Revolutionszeit, wie der Brief Fritz Reuters vom 4. September 1866 beweist, in dem er Bismarck dafür dankt, daß er die Träume seiner Jugend und die Hoffnungen des gereiften Alters zur faßbaren und im Sonnenschein glänzenden Wahrheit verwirklicht habe. Ein Gegensatz besteht nur insofern, als die Demokraten von 1848 glaubten, auf friedliche Weise erreichen zu können, was, wie Bismarcks Scharfsinn erkannte, nur durch „Blut und Eisen“ zu gewinnen war. Im Hauptpunkte, dem Ausschluß

Osterreichs, stimmte man überein. Und in der That war, solange Deutschösterreich mit den slawischen Gebieten und Ungarn ein Reich bildete, das eine eigene, den deutschen Interessen oft widersprechende Politik trieb, ein deutscher Nationalstaat nur ohne Osterreich denkbar. Jetzt ist durch den Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie glücklicherweise das größte Hindernis für den Anschluß Deutschösterreichs an das Deutsche Reich weggefallen. Es ist unverständlich, wie Scheidemann das übersehen konnte.

Der Vorwurf, daß Bismarck das Deutsche Reich als Obrigkeitsstaat und nicht als Volksstaat begründet habe, ist ebenso unberechtigt. Im Jahre 1866 war das ganze deutsche Volk gegen den Bruderkrieg mit Osterreich, der doch, wie die Erfahrungen des Jahres 1848 gezeigt hatten, das unvermeidliche Mittel zur Einigung Deutschlands war. Wie hätte da Bismarck seine Politik im Einvernehmen mit dem preussischen Abgeordnetenhaufe oder einem deutschen Parlament machen können? Im übrigen scheinen Scheidemann und Preuß nicht zu wissen, daß Bismarck im April 1866 tatsächlich ein Bundesparlament mit allgemeinem Wahlrecht vorgeschlagen hat, daß aber der Hohn des ganzen Volkes dem „Reaktionär“ antwortete. Wenn Bismarck die militärische Überlegenheit Preußens 1866 und die Volksstimmung 1870 dazu benutzt hätte, um Deutschland unter stärkerer Beschneidung der Rechte der Einzelstaaten einheitlicher zu gestalten, so hätte er bei den Dynastien und den dynastisch gesinnten Volksteilen der kleineren Staaten viel unnötige Erbitterung erregt, die er vermeiden wollte. Bismarck war eben ein viel behutsamerer und vorsichtigerer Politiker als unsere heutigen Demokraten wie Scheidemann und Preuß. Daß es 1877 nicht zum Eintritt Bennigsens und seiner Freunde in die Regierung kam, wodurch eine Art Übergang zum parlamentarischen System vollzogen worden wäre, mag uns heute als Unglück erscheinen. Aber das wäre beim alten Kaiser nicht durchzusetzen gewesen, und man kann auch dem Manne, der 1862 an die Spitze des Staates getreten war, um Preußen vor dem Parlamentarismus zu bewahren, keinen Vorwurf daraus machen, daß er 1877 der Einführung des parlamentarischen Regiments nicht die Hand bieten wollte. Als treuer Diener seines Königs konnte Bismarck eine solche Minderung der Machtvollkommenheit der Krone nicht in Kauf nehmen. Wäre er aber nicht dieser treue Diener gewesen, dann hätte er nicht der Einiger Deutschlands werden können. Hier zeigt sich eben die historische Bedingtheit dieser gewaltigen Erscheinung. Kann man also Bismarck selbst billigerweise nicht einen Vorwurf aus seinem mangelnden Entgegenkommen gegen die Demokratie machen, so liegt hier eine schwere Verfassümmis seiner Nachfolger vor. Sie, die von den historischen Bindungen Bismarcks frei waren, hätten durch rechtzeitige und gründliche Reform des preussischen Landtags- und Gemeindevahlrechtes und die Aufnahme von Parlamentariern in die Regierung die gefährliche Spannung zwischen der monarchischen Gewalt und der immer stärker anwachsenden demokratischen Strömung zu mildern suchen müssen. Hier wäre Abweichung von den Bismarckschen Methoden mehr im Geiste echt Bismarckscher Politik gewesen als starres Festhalten. Insbesondere ist es unser Unglück gewesen, daß Bismarcks Nachfolger zu der modernen Arbeiterbewegung nicht das richtige Verhältnis zu finden wußten. Sie hätten erkennen müssen, daß mit patriarchalischer Fürsorge allein, mit Arbeiterversicherung und Arbeiterschutzgesetzgebung, dieser Bewegung nicht beizukommen war, daß man die Sozialdemokratie vielmehr zur positiven Mitarbeit in Staat und Gemeinde heranziehen mußte, wenn man sie aus einer revolutionären in eine Reformpartei umwandeln wollte.

Ich will auf die elsass-lothringische, polnische und dänische Frage nicht eingehen, da dies den Rahmen meines Aufsatzes sprengen würde. Dagegen möchte ich Bismarcks auswärtiger Politik nach 1871 und der auswärtigen Politik von Bismarcks Nachfolgern noch einige Berrachtungen widmen.

Saben wir der Bismarckschen Machtpolitik unser Unglück zuzuschreiben? Eine Bejahung dieser Frage ist schon aus dem Grunde unmöglich, weil die Politik der Nachfolger Bismarcks sich wesentlich von der Bismarckschen Politik unter-

scheidet. Das ist schon oft dargelegt worden.¹⁾ Bismarck ging in seiner Politik nach 1871 von der Ansicht aus, daß Deutschland „saturiert“ sei. Nur zögernd ist er an den Erwerb von Kolonien herangetreten und deren Verwaltung durch kaufmännische Gesellschaften, denen der Staat lediglich seinen Schutz lieh, war sein Ideal.²⁾ Die Politik Wilhelms des Zweiten war im Gegensatz hierzu eine Expansionspolitik, eine Politik des „größeren Deutschlands“. Von 1895 bis zum Ausbruch des Krieges war diese Politik lediglich auf Pflege unserer überseeischen Beziehungen, Schutz unseres Handels durch eine starke Flotte, Vergrößerung und Ausbau unseres Kolonialreiches gerichtet (Weltpolitik). Erst während des Krieges ist der Gedanke der kontinentalen Expansion (Angliederung des Baltikums und Litauens) aufgetaucht. Trotz ihres expansiven Charakters war jedoch die Politik Wilhelms des Zweiten im Gegensatz zu derjenigen der anderen Weltmächte durchaus friedfertig.

Lag nun der Fehler unserer auswärtigen Politik darin, daß wir Bismarcks Ansicht von Deutschlands „Saturiertheit“ aufgegeben haben? Sicherlich nicht. Vielmehr war der Übergang Deutschlands zu einer expansiven Politik eine Naturnotwendigkeit; falsch waren nur die Methoden unserer Politik.

Bismarck wußte wohl, daß wir infolge unserer geographischen Lage stets von der Gefahr einer übermächtigen Koalition bedroht sind. Er suchte daher durch ein kunstvolles Bündnisystem Deutschland nach allen Seiten zu sichern und das revanchelüsterne Frankreich zu isolieren. Mit Österreich und Italien schloß er den Dreibund, mit Rußland und Rumänien einen Rückversicherungsvertrag; aber auch den Engländern hat er sich anzunähern versucht. Schon in den Jahren 1875 bis 1878 fanden Verhandlungen statt, 1879 wünschte Bismarck eine Ergänzung des Dreibundes durch den Anschluß Englands, und nur der Sturz von Beaconsfield durch Gladstone brachte den Plan zum Scheitern. Trotzdem gab Bismarck seine Bemühungen nicht auf, wie sein Brief vom 22. November 1887 an Lord Salisbury beweist.³⁾ Bismarck wußte wohl, daß wir auf die Bundestreue Italiens nur rechnen konnten, solange wir England zum Freunde hatten.⁴⁾ Wenn das A und O Bismarcks nach seiner Entlassung die Rückkehr zu Rußland war, so wäre es falsch, hieraus den Schluß zu ziehen, daß er ein Bündnis mit England abgelehnt hatte. Hammann hat nachgewiesen, daß Bismarcks Ermahnungen viel mehr an den Erlebnissen der sechziger und siebenziger Jahre des vorigen Jahrhunderts als an denen der letzten zehn Jahre seiner Amtstätigkeit haften.⁵⁾

Es fragt sich nun, ob nicht Bismarcks Nachfolger insofern einen schweren Fehler begangen haben, als sie das Bismarcksche Bündnisystem durch Nichtverlängerung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland und Lockerung des Bündnisses mit Italien verfallen ließen, ohne die sich ihnen bietende Gelegenheit zu anderen Bündnissen (England) zu benutzen. Vielleicht hat Hoersch recht, wenn er sagt, der Bülow's Zeit charakterisierende Grundsatz, nach allen Seiten unbedingt freie Hand zu behalten, mußte, wenn sich die Gegensätze unverföhnbar verschärften, zu einer Isolierung Deutschlands führen.⁶⁾ Gewiß lag die Möglichkeit vor, daß Deutschland, wenn es eine feste Anlehnung nach Westen oder

¹⁾ Vgl. z. B. Rohrbach „Deutschland unter den Weltvölkern“, Delbrück „Bismarcks Erbe“, Fürst Bülow, „Deutsche Politik“, S. 12 ff., und Hammann, „Zur Vorgeschichte des Weltkrieges“, S. 43.

²⁾ Vgl. Herrfurth, „Fürst Bismarck und die Kolonialpolitik“, S. 84 ff.

³⁾ Vgl. Freiherr von Eckardstein, „Diplomatische Enthüllungen zum Ursprung des Weltkrieges“, S. 8/9; Döcken, „Das alte und das neue Mitteleuropa“, S. 26/7; Hammann, a. a. D. S. 39 ff.

⁴⁾ Vgl. Hoffmann, „Fürst Bismarck 1890—1897“, Band I S. 256/57 und 325 und Band II S. 69.

⁵⁾ Vgl. a. a. D. S. 65.

⁶⁾ Vgl. „Politik im Weltkriege“, S. 149. Vgl. auch Hammann, a. a. D. S. 144.

Osten suchte, in Abhängigkeit von der betreffenden Macht geriet, aber die Gefahr der Isolierung war doch noch größer. Und wenn man gegen das Bündnis mit England die Gefahr des kriegerischen Zusammenstoßes mit Rußland angeführt hat,⁷⁾ so hat uns die Erfahrung gezeigt, daß unsere Politik der „freien Hand“ die Kriegsgefahr erst recht heraufbeschworen hat. Den Grund für den verhängnisvollen Entschluß, jede Bindung England oder Rußland gegenüber abzulehnen, erblickt Hammann darin, daß der einflußreichste Mann des Auswärtigen Amtes, Geheimrat Holstein, in der von Bismarck als Wahnsinn bezeichneten Vorstellung lebte, der Antagonismus zwischen diesen beiden Mächten sei eine unabänderliche Tatsache.⁸⁾ Der Irrglaube Holsteins ist umso unverständlicher, als der englische Ministerpräsident Salisbury bereits in seinen Reden vom 15. August und 19. November 1896 den Russen Konstantinopel angeboten und als Chamberlain im Januar 1901 ganz offen erklärt hat, England werde, wenn sich der Anschluß an den Dreibund als unmöglich erweise, ein Zusammengehen mit dem Zweibund, selbst unter schweren Opfern, ins Auge fassen müssen.⁹⁾ Statt in Bündnissen, glaubte unsere Regierung allzu einseitig in einer immer weiteren Verstärkung der Rüstung die beste Sicherung Deutschlands zu finden; nur zu oft mußten Wehvorlagen die Fehler der Diplomaten ausgleichen. Das ist das Berechtigte in den Angriffen auf den Militarismus. Die Sorge für ein großes und tüchtiges Heer war richtig; aber der Glaube, uns allein auf unser Heer verlassen und der Bundesgenossen entraten zu können, war falsch.

Entschieden wir uns für Aufgabe der Politik der freien Hand, so lag es am nächsten, die englischen Bündnisangebote anzunehmen.¹⁰⁾ Wenn die letzten Verhandlungen über ein Bündnis auch erst in der Zeit vom Januar bis Mai 1901, also nach den beiden deutschen Flottengesetzen vom 24. März 1898 und 12. Juni 1900 stattfanden, woraus man den Schluß ziehen könnte, daß unser Flottenbau kein Hindernis der deutsch-englischen Annäherung war, so spricht doch vieles dafür, daß die deutsch-englische Freundschaft nur Bestand haben konnte, wenn wir auf den Bau unsererer Schlachtsflotte verzichteten. Aber war dieser nicht überhaupt, wie Delbrück meint, ein Fehler? Unsere Flotte war gerade groß genug, um uns die tödliche Feindschaft Englands zuzuziehen, aber nicht groß genug, um uns vor der Aushungerung zu bewahren. Der Grundgedanke unsererer Politik, daß zum Schutze unseres Handels eine Flotte genügen werde, welche die Feinde aus Furcht vor allzu großen Verlusten nicht anzugreifen wagen würden, hat sich als falsch erwiesen; wir hätten hierzu eine Flotte haben müssen, die uns ermächtigt hätte, den Feind anzugreifen und zu schlagen. Bülow selbst hat einmal an Hammann geschrieben, wenn wir bei unseren Flottenrüstungen den Nachdruck mehr auf die Defensive (Unterseeboote, Minen, Küstenbefestigungen) legen würden, fielen der Hauptgrund der Spannung mit England weg, und vielleicht wäre es auch für unsere eigene militärische Sicherheit besser.¹¹⁾ Leider ist nicht nach diesen Worten gehandelt worden. Während Heer und Flotte vernünftigerweise im Dienste der Politik stehen müssen, stand, wie Bülow selbst zugibt, umgekehrt unsere Politik im Dienste des Flottenbaues. Wie Frankreichs Beispiel zeigt, hätte die Anlehnung an England durchaus nicht den Verzicht auf eine Fortführung unsererer Kolonialpolitik zu bedeuten brauchen. Auch in der Türkei wäre eine Abgrenzung der Arbeitsgebiete möglich gewesen. Hat doch Salisbury be-

⁷⁾ Fürst Bülow, „Deutsche Politik“, S. 37/38.

⁸⁾ A. a. D. S. 61/62 und S. 140. Selbst Duden, der im übrigen die deutsche Politik verteidigt, gibt zu, daß man diese Gegensätze „vielleicht allzulange als schwer vereinbar einschätzte“. A. a. D. S. 70.

⁹⁾ Duden, a. a. D. S. 67, Anmerkung. Hammann, a. a. D. S. 124, und „Der neue Kurs“, S. 191.

¹⁰⁾ Vgl. Haller, „Die auswärtige Politik des Fürsten Bülow“, Süddeutsche Monatshefte, Januar 1917. Eckardstein, a. a. D.

¹¹⁾ Vgl. Hammann, a. a. D. S. 224.

veits 1895 dem Deutschen Kaiser eine Teilung der Türkei angeboten.¹²⁾ Hätten wir durch eine viel großzügigere innere Kolonisation die Abwanderung nach den Städten eingedämmt und die treibhausartige Entwicklung der Exportindustrie verlangsamt, so wäre das für unser Volk durchaus kein Unglück gewesen.

Wenn endlich gegen das deutsch-englische Bündnis die Volksstimmung angeführt wird, so ist darauf zu erwidern, daß diese Volksstimmung durch das Krüger-Telegramm genährt worden ist, und daß die Regierung, weil sie eine englandfeindliche Stimmung für die Durchsetzung ihrer Flottenpläne gut gebrauchen konnte, diese nicht mit der nötigen Entschiedenheit bekämpft hat. Unter Benutzung der alten liberalen Sympathien für England hätte es sonst nicht schwer fallen können, die Volksstimmung umzuwerfen. Leider haben wir nicht bloß die englischen Bündnisangebote abgelehnt, wir haben sogar dreimal eine Verständigung mit England über Marokko zurückgewiesen. (1898, Januar und August 1901)¹³⁾

Erstrebten wir umgekehrt eine Anlehnung an Rußland, so mußten wir darauf verzichten, als Schutzherrn der Türkei aufzutreten.¹⁴⁾ Wir mußten einen Ausgleich zwischen den russischen und österreichischen Balkaninteressen anstreben, vielleicht in der Weise, daß Österreich den maßgebenden Einfluß im Westen mit Saloniki, Rußland den im Osten mit Konstantinopel erhielt. Hat nicht Bismarck gesagt, Deutschland habe geradezu eine Interesse daran, daß sich Rußland in Konstantinopel festsetze?¹⁵⁾ Nachdem die mit der Thronbesteigung Nikolaus des Zweiten (1894) einsetzende ostasiatische Politik Rußlands, die übrigens niemals populär gewesen ist, 1905 zusammengebrochen war, mußten wir damit rechnen, daß Rußland sich den Balkanfragen wieder mit erhöhter Tatkraft zuwenden werde, und wenn wir dann unsere Hand über die Türkei hielten, so trieben wir Rußland geradezu in die Arme Englands, das nach der entscheidenden Wendung der Jahre 1902/1903 die Türkei dem Gedanken einer deutsch-feindlichen Koalition zu opfern bereit war. Siegte in der russischen Regierung der auf die Zertrümmerung Österreich-Ungarns gerichtete Panславismus, so konnte allerdings auch die vorsichtigste Politik Deutschland nicht vor dem Zusammenstoß mit dem Osten bewahren. Um so sorgfältiger hätten wir daher unsere Beziehungen zu England pflegen müssen. In Wirklichkeit taten wir das verkehrteste, was überhaupt möglich war. Wir schufen gleichzeitig gegen England und Rußland neue Reibungsflächen. Aus der Politik der „zwei Eisen im Feuer“ wurde eine Politik „zwischen zwei Stühlen.“

Aber nicht nur die Ziele unserer auswärtigen Politik waren zum Teil falsch, unsere Politik war auch zu inkonsequent. Nachdem wir durch Nichtverlängerung des Rückversicherungsvertrages, den Umschwung in der Polenpolitik und den Helgoland-Sansibar-Vertrag eine scharfe Wendung von Rußland nach England gemacht hatten, verscherzten wir die neu gewonnene Freundschaft wieder durch unseren Einspruch gegen den Versuch Englands, mittels eines Stückes des Kongo-Staates eine Verbindung zwischen seinen Kolonien im Nord-Osten und Süden Afrikas herzustellen, durch unser Zusammengehen mit Rußland und Frankreich gegen England und Japan in Ostasien, durch den törichten Bluff des Krüger-telegrammes, durch den Bau der Schlachtslotte und die Zurückweisung englischer Annäherungsversuche. Die dauernde Freundschaft Rußlands gewannen wir aber trotzdem nicht wieder zurück. So halfen wir selbst die feindliche Koalition zusammenschmieden.

Vergleicht man unsere Politik vor und nach 1890 miteinander, so erkennt man, wieviel vorsichtiger Bismarck war, als die Politiker des Zeitalters Wilhelms des Zweiten. Die Vorstellung von dem Kurassier, der mit brutaler Gewalt

¹²⁾ Vgl. Eckardstein, a. a. O. S. 18.

¹³⁾ Vgl. Hammann a. a. O. S. 140.

¹⁴⁾ Vgl. Meinide, „Probleme des Weltkrieges“. S. 79 ff.

¹⁵⁾ „Gedanken und Erinnerungen“, Volksausgabe, Stuttgart und Berlin 1911, II. Band, S. 291, 292.

gearbeitet habe, ist völlig falsch. Wichtig ist die Feststellung von Grabowsky, daß Bismarcks Politik der Systematik entbehre. Grabowsky glaubt das darauf zurückführen zu müssen, daß in Bismarcks Seele die ethisch-religiöse und die politische Welt unverbunden nebeneinander standen. Doch fehlte den großen Zielen der Bismarckschen Politik (der Einigung Deutschlands, seiner Sicherung gegen Angriffe und seiner Beteiligung am Kolonialbesitz) nicht die ethische Berechtigung. Ebenso wenig kann man die friedliche Expansionspolitik Wilhelms des Zweiten moralisch verurteilen. Selbst ein so scharfer Gegner der Alldeutschen wie Erzberger betont in seiner Schrift über den Völkerbund, daß Deutschland bei der Verteilung der Welt zu kurz gekommen sei. Er weist nach, daß vor dem Krieg zehn Engländer über $7\frac{1}{2}$ Quadratkilometer, zehn Portugiesen über 3 Quadratkilometer, zehn Belgier und Franzosen über $2\frac{1}{2}$ Quadratkilometer, dagegen zehn Deutsche nur über 0,3 Quadratkilometer Kolonialland verfügten, so daß die Engländer fünfundzwanzigmal, die Portugiesen zehnmal und die Franzosen achtmal so gut gestellt waren wie die Deutschen.¹⁶⁾ Es ist sonderbar, daß diejenige Partei, welche die Besitzungleichheit im bürgerlichen Leben so scharf bekämpft, die Sozialdemokratie, die Besitzungleichheit zwischen den Völkern so ruhig hinnimmt, ja jeden Versuch zur Beseitigung dieses Zustandes als „fluchwürdigen Imperialismus“ brandmarkt. Das ist doch höchst unlogisch. Unsere Machtpolitik diente tatsächlich der Gerechtigkeit. Sie war unanfechtbar in dem Ziele des „größeren Deutschland“, aber falsch in ihren Mitteln. Auch im Frieden von Brest-Litowsk haben wir den Russen keine russische Erde weggenommen, während uns die Feinde uralt deutsches Land rauben wollen, wir haben nur von den Russen unterjochte Fremdvölker befreit. Die Entgegensetzung von Imperialismus und Idealismus, die Ebert in seiner Rede zur Eröffnung der Nationalversammlung vorgenommen hat, ist also durchaus unberechtigt.

Nicht Bismarck, sondern Goethe, nicht Potsdam, sondern Weimar sind jetzt beliebte Schlagworte. Sie sind wohl auch bei der Wahl des Ortes für die Nationalversammlung nicht ohne Einfluß geblieben. Ich bin der Ansicht, daß wir gar keinen Grund haben, jetzt Bismarck zu verleugnen. Wir brauchen beide, Bismarck und Goethe, und noch ein dritter Großer mag uns jetzt leuchtendes Vorbild sein: der Freiherr vom Stein. Vielleicht das Furchtbarste, was uns die letzten Monate gebracht haben, ist die Zerreißung aller historischen Zusammenhänge, die brutale und sinnlose Vernichtung unendlicher Gefühle der Ehrfurcht und Liebe, die sich an die alten Einrichtungen hefteten. Um so mehr müssen wir bestrebt sein, in unseren Nachkommen das Verständnis und die Bewunderung für die großen Männer unserer Vergangenheit zu wecken und zu stärken.

Idee und Ursprung der Revolution

Don Dr. Karl Hoffmann¹⁾



Das bisherige Deutsche Reich Bismarckscher Prägung ist wohl eine nationale Daseinsform, doch im Grunde genommen keine nationale Leistung gewesen. Zwar das alte Reich aus der mittelalterlichen Zeit war in seiner Idee ebenfalls nicht national, sondern universell-theokratisch begründet. Aber als geschichtliche Leistung ging es nichtsdestoweniger aus der Dumpsheit spontaner Kräfte, aus der Schöpfung unbewußt selbständiger Energien im Volke der Deutschen hervor, so daß die persönliche Verkörperung jener universell-theokratischen Idee

¹⁶⁾ S. 149/50.

¹⁾ Dieser Aufsatz ist mit Genehmigung des Verlages einer Schrift desselben Verfassers entnommen, die unter dem Titel „Das Doppelgesicht der Revolution“ in Kürze bei Fr. Wihl-Grunow in Leipzig erscheint.